

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Die Drohne war nur der Zünder](#)
2. [Russland will diplomatische Beziehungen zu Deutschland erhalten](#)
3. [Gas so teuer wie seit Beginn des Ukraine-Kriegs nicht mehr](#)
4. [Der größte Raubzug der Weltgeschichte. Fortbestand der imperialistischen Monroe-Doktrin als Scheinlegitimation](#)
5. [„Eine herzerreißende Lage“](#)
6. [Rendite oder Zukunft?](#)
7. [Arbeitgeber wollen Macht der Betriebsräte einschränken](#)
8. [AfD in Sachsen-Anhalt: Kein Programm außer Kulturkampf](#)
9. [Warum wählen so viele Arbeiter die AfD? Eine Studie gibt eine verstörende Antwort](#)
10. [Bundeswehr startete 2001 ohne Mandat nach Afghanistan](#)
11. [30.000 Euro für einen Tag beim Notar: Diese Gründer-Story mache Deutschland „zur Lachnummer“](#)
12. [Die schleichende Enteignung der Bankkunden und wer dafür verantwortlich ist](#)
13. [Weltrevolution? – Ja, bitte](#)
14. [Feindesliste der Guten](#)
15. [Das Letzte: Spahn wird Mitglied des Haushaltsausschusses](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die Drohne war nur der Zünder**

Ein missglückter Anschlag erklärt nicht, warum Berlin Konsulate und Kulturkanäle

kappt. Wer den Blick hebt, sieht eine Ukraine unter militärischem, personellem und finanziellem Druck, eine veränderte russische Kriegführung und ein Deutschland, das immer tiefer in die ukrainische Rüstungs- und Nachschubstruktur hineinrückt. Die Drohne zwischen Leipzig und Halle an der Saale detonierte nicht. Politisch war ihre Sprengkraft jedoch bemerkenswert. [...]

Besonders eigentümlich ist, wie die Bundesregierung diese Lücke kommuniziert. Noch am 31. August hatte Regierungssprecher Stefan Kornelius angekündigt, eine Attribution werde erst vorgenommen, wenn sie „umfassend schlüssig“ sei, „in sich ruht und für sich spricht“. Auf die naheliegende Nachfrage, ob das bedeute, dass die Öffentlichkeit anschließend auch Beweise zu sehen bekomme, antwortete er, „das überlasse ich nach der Attribuierung dann Ihrem Urteil.“ Auf die erneute Frage nach Beweisen verwies er darauf, dass staatsanwaltliche Ermittlungen schließlich dazu dienten, Beweise „zu sichern und zu sammeln“.

Einen Tag später war die Attribution da. Die angekündigte Schlüssigkeit wurde allerdings nicht konkreter.

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu: **Wollen Europas Eliten den Krieg mit Russland?**

Statt Besonnenheit nach dem Drohnen-Zwischenfall in Leipzig dreht Europa weiter an der Eskalationsspirale. Viele Entscheidungsträger halten den Krieg mit Russland längst für nötig. Aufhalten können ihn nur die Bürger Europas.

In einem Wäldchen nahe Berlin wird ein Waffendepot gefunden – immerhin zwei ganze Faustfeuerwaffen – und obwohl der Fund schon letzten Herbst geschah, schwillt die Kriegsstimmungsmache plötzlich akut an. Anfang August gab es einen Zwischenfall mit zwei (oder vielleicht doch drei?) Drohnen am Flughafen Leipzig, eine davon mit Sprengstoff bestückt. Nun hat die deutsche Regierung Russland dafür offiziell verantwortlich gemacht und Konsequenzen angekündigt. Am Wochenende davor wurde in anonymen Quellen gemunkelt, dass es eine wahre Zeitenwende 2.0 werden soll.

Quelle: [Jacobin](#)

dazu auch: **Berlins jüngste Russland-Panik: Sie ist selbst für seine Verhältnisse rücksichtslos**

Berlin machte Moskau ohne Beweise für einen Drohnenvorfall verantwortlich und nutzte diesen Vorfall anschließend, um eine Konfrontation zu verschärfen, die sich Deutschland am wenigsten leisten kann. (...)

Offensichtlich haben jene Kommentatoren Recht, die vermuten, dass Berlins neu entdeckte Fähigkeit zu schnellen Überreaktionen in mehreren aggressiven politischen

Agenden begründet liegt: dem aktuellen Bestreben, den Bundesnachrichtendienst (BND) in ein Instrument paramilitärischer Sabotageakte umzuwandeln; dem neuen Militarismus, der darauf abzielt, die stärkste konventionelle Armee Europas aufzubauen und Moskau explizit ins Visier nimmt; und nicht zuletzt der Instrumentalisierung von Hass und Angst vor Russland als Ablenkungsmanöver in einem Land, das sich in einer tiefen Wirtschaftskrise befindet.

Wenn Berlin nicht gerade einen offenen Krieg mit Russland vorbereitet, tut es doch alles, um genau diesen Eindruck zu erwecken. Viele Deutsche sind mit diesem Weg in den Untergang nicht einverstanden. Hoffen wir zum Wohle ganz Europas, dass sie es endlich schaffen, ihn zu ändern.

Quelle: [Tarik Cyril Amar auf RT DE](#)

und: **Ab jetzt sitzen Merz und Putin im gleichen Boot**

Die Bundesregierung hat einen russischen Angriff ausgerufen – und sich damit selbst zur Eskalation verdammt. Friedrich Merz könnte bald feststellen, dass er mit Wladimir Putin mehr gemeinsam hat, als ihm lieb sein dürfte.

Beweise blieb die Bundesregierung der deutschen Öffentlichkeit schuldig – die Behauptung allein musste reichen: Die Sprengstoffdrohne, die Anfang August auf dem Leipziger Flughafen gefunden wurde, sei russischen Ursprungs. Bereits am Dienstagmittag dieser Woche kündigten die Medien an, dass die Bundesregierung vor die Presse treten wolle, um die Angelegenheit darzulegen – es blieb bei Beteuerungen und Bekenntnissen, Beweismaterial hatten die Minister Wadephul und Dobrindt nicht vorzuweisen. Der Bundeskanzler selbst trat gar nicht erst vor die Presse. Einen Tag später wurde zwar vermeldet, dass es Tatverdächtige gäbe. Aber auch das stellt keinen Beweis dar. Deren vermeintliche Nähe zu Russland ist bestenfalls ein Indiz – und selbst dafür reicht es eigentlich nicht.

Quelle: [Roberto De Lapuente auf Overton Magazin](#)

2. **Russland will diplomatische Beziehungen zu Deutschland erhalten**

Russland will nach der angekündigten Schließung seines Konsulats in Bonn an den diplomatischen Beziehungen festhalten. Das Land rechne mit weiteren »absurden Schritten«.

Russland will trotz der von Deutschland angekündigten Schließung des Konsulats in Bonn die Beziehungen zu Deutschland vorerst nicht weiter einschränken. Die russische Regierung werde nicht selbst eine Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen einleiten, sagte der Präsidialsprecher Dmitri Peskow dem russischen Staatsfernsehen. Gleichzeitig müsse Russland von deutscher Seite mit weiteren »absurden Schritten« rechnen, sagte Peskow.

Quelle: [Zeit Online](#)

dazu: **Russland zitiert Goethe: Арш леккен**

Keine »spiegelbildliche« Reaktion: Moskau reagiert auf Maßnahmen Berlins mit Schließung der Filialen des Goethe-Instituts. Generalkonsulat in St. Petersburg vorerst weiter geöffnet

Moskau reagiert auf die am Dienstag verkündeten deutschen Maßnahmen gegen Russland vorerst asymmetrisch. Als Antwort auf die Schließung des russischen Generalkonsulats in Bonn und des Russischen Hauses in Berlin durch die deutschen Behörden werden zwar laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow die Zweigstellen des Goethe-Instituts in Moskau, St. Petersburg und Jekaterinburg geschlossen, aber nicht das deutsche Generalkonsulat in St. Petersburg. Lawrow sprach am Donnerstag im Rahmen des Östlichen Wirtschaftsforums (EEF) in Wladiwostok. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sagte dort dem russischen Fernsehen, Moskau selbst werde nicht der Initiator einer Herabstufung der diplomatischen Beziehungen sein. Präsident Putin sagte auf dem EEF, er sehe aktuell eine Chance für ein Friedensabkommen im Ukraine-Krieg.

Quelle: [junge Welt](#)

3. **Gas so teuer wie seit Beginn des Ukraine-Kriegs nicht mehr**

Kurz vor Herbstbeginn wird Gas in Europa wieder teuer. So teuer, dass die Speicher für den Winter nicht mehr aufgefüllt werden.

Der Preis für Erdgas in Europa hat den Höhenflug am Mittwoch fortgesetzt und den höchsten Stand seit Beginn des Iran-Kriegs erreicht. Die Notierung stieg den dritten Tag in Folge, da die Angriffe der USA und des Iran die Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme der Energielieferungen über die Straße von Hormus dämpften. Der richtungweisende Erdgas-Terminkontrakt TTF zur Lieferung in einem Monat an der Börse in Amsterdam kletterte bis auf 74,43 Euro je Megawattstunde (MWh). Das sind gut drei Prozent mehr als am Vortag.

Quelle: [t-online](#)

dazu auch: **Turkstream legt zu, LNG bricht ein: EU setzt mehr auf Pipeline-Gas aus Russland**

Die LNG-Importe der EU gehen zurück. Gleichzeitig fließt laut Entsog-Daten wieder mehr russisches Gas über Turkstream – trotz des Importverbot ab 2027. Warum? Die EU importiert immer weniger Flüssigerdgas (LNG). Laut Daten des europäischen Netzbetreiberverbands Entsog lagen die LNG-Einfuhren in die EU im August bei 95.785 Gigawattstunden (GWh). Das waren zwar knapp acht Prozent mehr als beim Jahrestief im Juli mit 88.855 GWh. Gegenüber Januar sind die Importe jedoch um mehr

als 41 Prozent eingebrochen.

Gleichzeitig fließt wieder mehr russisches Pipeline-Gas über Turkstream in die EU. Im August waren es den Entsog-Daten zufolge 17.337 GWh – 7,25 Prozent mehr als im Juli. Damit gewinnt die letzte verbliebene Pipeline-Route für russisches Gas nach Europa wieder an Bedeutung. Im April 2022, wenige Wochen nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, lagen die Lieferungen über Turkstream noch bei 9502 GWh.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

4. **Der größte Raubzug der Weltgeschichte. Fortbestand der imperialistischen Monroe-Doktrin als Scheinlegitimation**

Am 28. August 2026 verkündete der US-Präsident „DEN GRÖSSTEN ÖL-DEAL DER WELTGESCHICHTE“: Washington habe sich die Mehrheitskontrolle über mehr als 65 Milliarden Barrel venezolanischer Ölreserven gesichert – rund ein Fünftel der nationalen Reserven des Landes. 17 Ölfelder, mehr als 100 Milliarden Dollar Investitionen, angeblich 209 Milliarden Dollar Steuereinnahmen für Caracas, ein neues Gemeinschaftsunternehmen mit 55 Prozent US-Kontrolle über den Ertrag und einer 100-jährigen Konzession. Zahlen ohne veröffentlichten Vertragstext, ohne genannten Partnerkonzern, verkündet mit der Marktschreierei eines Immobilienmoguls, der das größte Geschäft seines Lebens gemacht zu haben glaubt.

Quelle: [etos.media](#)

dazu: **Berlin deckt US-Gewaltpolitik**

Die Bundesregierung deckt die US-Gewaltpolitik gegenüber Lateinamerika auch nach dem De-facto-Raub der venezolanischen Erdölvorräte durch Washington und ungeachtet der sich zuspitzenden humanitären Notlage im von den USA strangulierten Kuba. Hatte Bundeskanzler Merz bereits nach dem US-Überfall auf Venezuela und der Verschleppung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro behauptet, die „rechtliche Einordnung“ des Gewaltverbrechens sei „komplex“, so hieß es zu Wochenbeginn mit Blick auf den De-facto-Raub umfangreicher venezolanischer Erdölvorräte durch die Trump-Administration von der Bundesregierung, man wisse nicht Bescheid – schließlich sei man „nicht Partei dieser Abmachung“. Zur Strangulierung Kubas durch die USA, die seit Jahrzehnten eine umfassende Wirtschaftsblockade gegen das Land oktroyieren und es nun auch noch von der Ölversorgung abschneiden, hatte Außenminister Johann Wadephul im Juni erklärt: „Eine derartige Blockade ... sehe ich nicht.“ In einer Stellungnahme der Bundesregierung hieß es vor kurzem, Kubas humanitäre Notlage werde durch „Misswirtschaft, Reformunwillen und wiederkehrende[...] Naturkatastrophen“

verursacht. Jede Kritik an der völkerrechtswidrigen US-Blockade blieb aus.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

5. „Eine herzerreißende Lage“

Über die Lage auf Kuba und die Politik der EU gegenüber dem Land sprach german-foreign-policy.com mit Walter Baier. Baier, Vorsitzender der Europäischen Linken (EL), hielt sich im August in Kuba auf, um für die EL ein Abkommen über eine engere Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Kubas zu unterzeichnen. Die Lage dort sei – bedingt durch US-Blockade und -Erdölembargo – „dramatisch“, berichtet Baier: Wegen Treibstoffmangels sei der öffentliche Verkehr kollabiert; nur 30 Prozent der benötigten Medikamente stünden zur Verfügung; die Kindersterblichkeit, die „noch vor wenigen Jahren sogar niedriger als in den USA“ gewesen sei, habe sich „mehr als verdoppelt“. Baier prangert die komplette Untätigkeit der EU-Kommission angesichts der US-Aggression an und erklärt, das neue Kooperationsabkommen seiner Partei sei „eine Selbstverpflichtung“, Kuba in Zukunft stärker zu unterstützen. Baier ist Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), die Ende Juni bei der Kommunalwahl in Graz, der zweitgrößten Stadt des Landes, mit 35,7 Prozent zur stärksten Partei wurde und nun bereits zum zweiten Mal mit Elke Kahr die Bürgermeisterin stellt. Der EL gehören neben der KPÖ etwa Die Linke und die Partei der Arbeit Belgiens an.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

6. Rendite oder Zukunft?

Enttäuschung – das Wort fasst wohl am besten die Stimmung zusammen, die nach der ersten Runde von Betriebsversammlungen im VW-Reich von Wolfsburg bis Zwickau herrschte. Als Antwort auf die vagen Andeutungen des VW-Vorstandsvorsitzenden Oliver Blume, die bisher mit Betriebsrat und IG Metall vereinbarte Vernichtung von 50.000 Arbeitsplätzen zur Rettung des VW-Konzerns reiche nicht aus, hatte der Betriebsrat eine Serie von Betriebsversammlungen beschlossen und Vorstandsvertreter dazu eingeladen. Sie sollten gezwungen werden, Butter bei die Fische zu tun, wie man im Norden zu sagen pflegt. Der Versuch ist misslungen. Statt Klartext zu reden, wiederholten die Vorstandsvertreter ihr Mantra: Die Lage sei ernst, die bisherigen Maßnahmen würden angesichts der Absatzschwierigkeiten nicht reichen und alles Weitere sei noch nicht spruchreif.

Quelle: [unsere zeit](#)

dazu: **Was der VW-Sparplan vorsieht**

Abbau von Zehntausenden Stellen, vier Werke auf der Kippe – und das ist noch nicht alles. VW hat ein gigantisches Sparprogramm auf den Weg gebracht. Was der Konzern

plant – und was Experten dazu sagen. Ein Überblick. [...]

Für die vier angezählten Werke in Deutschland sollen parallel und ergänzend “alternative Verwendungsmöglichkeiten geprüft” werden. Konkrete Schließungen sind damit zwar nicht beschlossen – aber auch nicht ausgeschlossen. Blume bezeichnete Schließungen zuletzt immer wieder als eine letzte Option, die er vermeiden wolle. Im Gespräch ist unter anderem, Werke zeitweise für die Rüstungsproduktion zu nutzen und auch chinesische VW-Modelle in Deutschland zu bauen.

Quelle: [tagesschau](#)

7. Arbeitgeber wollen Macht der Betriebsräte einschränken

Deutsche Arbeitgeberverbände wollen das Betriebsverfassungsgesetz reformieren, das die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Unternehmen regelt. Konkret sollen Betriebsräte vor allem in Krisen weniger mitsprechen dürfen.

Die Arbeitgeber wollen die Mitwirkung von Betriebsräten in bestimmten Fällen einschränken und beschleunigen, um in Krisen und beim Umbau von Unternehmen selbst freier handeln zu können. »Deutschland muss schneller, effizienter und weniger bürokratisch werden«, forderte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger. Ziel ist eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, das die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Unternehmen regelt.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

8. AfD in Sachsen-Anhalt: Kein Programm außer Kulturkampf

Das Wort „Schicksalswahl“ hat zurzeit Konjunktur. Es fällt vor allem im Hinblick auf die Landtagswahlen in Ostdeutschland. Nur ist dieser Begriff wenig zutreffend. Nichts an den befürchteten Ergebnissen der AfD ist unabwendbar wie eine Naturgewalt. Bis zuletzt lohnt es sich, für demokratische Mehrheiten zu werben. In Sachsen-Anhalt, wo der Wahlurnengang unmittelbar bevorsteht, gilt die Partei inzwischen als gesichert rechtsextremistisch. Über ihren geschichtsvergessenen Spitzenkandidaten, eine unappetitliche Influencer-Szene und reaktionäre Deutschtümelei hinaus glänzt sie vornehmlich durch programmatische Konzeptlosigkeit.

Quelle: [DGB Niedersachsen #schlaglicht](#)

9. Warum wählen so viele Arbeiter die AfD? Eine Studie gibt eine verstörende Antwort

Bei der Bundestagswahl 2025 wurde die AfD erstmals stärkste Partei unter Arbeitern – obwohl das eigentlich gegen ihre Interessen verstoßen müsste. Wie lässt sich das erklären? Eine neue Auswertung widerlegt die gängigste Erklärung dafür [...]

Ein Kollege aus einer Dresdner Gebäudereinigungsfirma ist Betriebsrat und engagierter Gewerkschafter. Im Betrieb weiß er genau, wozu Beschäftigte eine Gewerkschaft brauchen. In seinem Wohnviertel ordnet er die Konflikte anders. In

seinem Viertel sind in den vergangenen Jahren mehr und mehr Kriegs- und Armutsflüchtlinge angekommen. Gleichzeitig verschärfen sich soziale Probleme, Leistungen wie Stadtreinigung, Hausmeisterdienste, Nahverkehr oder die Grünflächenpflege werden schlechter.

Er ist verbittert über das, was er als Arroganz eines linksalternativen Milieus empfindet. In der benachbarten Dresdner Neustadt, auf der anderen Elbseite, erlebe man die angenehme Seite der Migration: Restaurants, Läden, Streetfood, kulturelle Vielfalt. Wer dort lebe, könne leicht „Refugees welcome“ rufen und anschließend mit dem Finger auf diejenigen zeigen, die über Konflikte in ihren Vierteln sprächen. In seinem Quartier, sagt er, sei dagegen nichts bunt: „Bei uns landen nur die Probleme.“ Er macht die Zugezogenen nicht für den Verfall verantwortlich. Er beschreibt einen Verteilungskonflikt: Wo konzentrieren sich soziale Belastungen, wo brechen öffentliche Dienste weg, wer konkurriert um knappen Wohnraum und Ressourcen – und wer kann es sich leisten, das vor allem als Frage der richtigen Haltung zu behandeln?

Quelle: [der Freitag](#)

10. **Bundeswehr startete 2001 ohne Mandat nach Afghanistan**

25 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September gibt es neue Erkenntnisse zum damaligen Auslandseinsatz der Bundeswehr. Nach NDR-Recherchen waren Spezialkräfte bereits nach Afghanistan aufgebrochen, bevor es ein Bundestagsmandat dafür gab.

Quelle: [tagesschau](#)

dazu: **Dienstreise in US-Uniform**

NDR: Deutsche Soldaten waren schon auf dem Weg in den Afghanistan-Krieg, bevor der Bundestag darüber abstimmen konnte

Zu den Legenden, mit denen die Hochrüstung der BRD begründet wird, gehört die Erzählung, Bundeswehr und Geheimdienste seien nicht nur mangelhaft ausgerüstet, sondern würden durch übermäßige Bürokratie und unsinnige Verfahrensregeln daran gehindert, wirksam »für Deutschland« in den Kampf zu ziehen. Die Streitkräfte und Dienste der Partner seien viel besser ausgestattet, hätten mehr Befugnisse und würden den deutschen Sicherheitsapparat nicht allzu ernst nehmen.

Dass das auch schon vor 25 Jahren nicht so recht stimmen konnte, zeigt eine Geschichte, die der NDR am Donnerstag veröffentlichte.

Quelle: [junge Welt](#)

11. **30.000 Euro für einen Tag beim Notar: Diese Gründer-Story mache Deutschland „zur Lachnummer“**

30.000 Euro zahlt ein deutscher Gründer – damit der Notar einen neuen Investment-Vertrag absegnet. Einen ganzen Tag dauert der Termin, um 90 Seiten vorzulesen. Der Gründer hat danach genug von Deutschland: Sein zweites Unternehmen startet er im Ausland.

Diese Story geht seit Tagen viral auf Social Media. Gepostet hat sie Patrick Collison, CEO des Fintech-Unicorns Stripe. Wer genau ihm die Anekdote erzählt hat, verrät Collison nicht. Sein X-Post sammelt Millionen Views und wird tausendfach geteilt. Elon Musk repostet die Geschichte mit einem “Wow”. Auch deutsche Gründer debattieren in den Kommentaren.

Quelle: [Business Insider](#)

12. **Die schleichende Enteignung der Bankkunden und wer dafür verantwortlich ist**

Bankkunden werden zunehmend genötigt, Fragen über ihr gesamtes Vermögen, ihre Beschäftigung und vieles mehr zu beantworten und offenzulegen, wofür sie anderen Geld überweisen. Tun sie es nicht zur Zufriedenheit, dürfen sie nicht über ihr Geld verfügen oder bekommen das Konto gekündigt. Entwickelt wurde dieses System der an Private ausgelagerten Finanzschnüffelei des Staates im demokratiefernen Schattenreich internationaler Arbeitsgruppen. In Gesetzesform gegossen wurde es getreulich in Brüssel.

Quelle: [Norbert Häring](#)

13. **Weltrevolution? - Ja, bitte**

Hallo zusammen. Ich bin dänischer Staatsbürger und schreibe aus dänischer Perspektive, doch meine Träume und Absichten reichen über Grenzen hinweg. Wir müssen uns diese Frage stellen und sie beantworten – sowohl individuell als auch gemeinsam. Und zwar nicht nur jetzt oder nachdem wir diesen Artikel gelesen haben. Das gilt unabhängig davon, ob man Aktivist, ehrenamtlich tätig, in einer Bewegung organisiert und/oder Mitglied einer politischen Partei ist. Weitere wichtige Fragen lauten: Will „Dänemark“ eine Revolution? Ist bereits jemand dabei, die Gesellschaft zu revolutionieren? Und wie definieren wir heute eine aktivistische, am Menschen orientierte und gewaltfreie Revolution?

Im politischen und öffentlichen Leben Dänemarks sowie im Bildungssystem ist fast ausschließlich von drei historischen Revolutionen die Rede: der Französischen, der Russischen und der Industriellen Revolution. Das ist eine äußerst eingeschränkte Sichtweise, die zugleich bestehende Machtverhältnisse offenbart – die Macht des Königshauses, der Politik, der Wirtschaft und der Medien. Denn im Laufe der Geschichte hat es viele weitere Revolutionen gegeben, die interessante Perspektiven für einen Prozess hin zu einer neuen weltweiten Revolution eröffnen könnten.

Quelle: [pressenza](#)

14. **Feindesliste der Guten**

Campact drängt Unternehmen zu Werbeboykott gegen politisch missliebige YouTube-Kanäle.

Die Kampagnenorganisation Campact hat eine schwarze Liste von politisch missliebigen YouTube-Kanälen erstellt und ausgeforscht, wessen Werbung dort zu sehen war. Nun macht sie Druck auf die betreffenden Unternehmen, sich an einem Werbeboykott gegen die gelisteten Kanäle zu beteiligen. Ein Gastbeitrag von Norbert Häring.

Quelle: [Manova](#)

dazu auch: **Keine Spenden für Campact!**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

und: **Wir müssen mehr Ambiguitätstoleranz wagen!**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

15. **Das Letzte: Spahn wird Mitglied des Haushaltsausschusses**

Die politische Karriere von Jens Spahn geht weiter. Erst Mitte Juli war er nach scharfer Kritik als Fraktionschef der Union zurückgetreten. Nun zieht er in einen der einflussreichsten Ausschüsse des Bundestages ein.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)